

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Blick in englische Zeitschriften

The World Today, die Monatsschrift des Londoner Instituts für internationale Probleme (Chatham House), beschäftigt sich (11/1960) in einem Aufsatz von *Elizabeth Wiske-mann* unter dem Titel „Berlin zwischen West und Ost“ mit einer ganzen Reihe deutscher Probleme, die Haltung des DGB zur Frage der Vierzigstundenwoche eingeschlossen. Die Verfasserin — die den Lehrstuhl für internationale Beziehungen an der Universität Edinburgh innehat — findet es merkwürdig, daß man von der erfolgreichen Eingliederung der Heimatvertriebenen in die westdeutsche Wirtschaft so wenig Aufhebens mache, statt darauf stolz zu sein. Das hänge mit der Angst zusammen, irgend etwas „preis-zugeben“: „Alle ordentlich denkenden und gut informierten Menschen in Deutschland wissen, daß in der Hitlerzeit von Deutschen fürchterliche Grausamkeiten verübt wurden, als Tschechen und Polen aus ihren Heimen vertrieben wurden, und sie wissen, daß man nach Hitlers Niederlage fürchten mußte, daß Polen und Tschechen sich so rächen würden, wie sie es getan haben, um so mehr als das Moskau ins Konzept paßte. Einige mutige und unkonventionelle Leute in Deutschland stimmen offen zu, daß das Land jenseits der Oder für immer verloren ist. Eine ganze Reihe von Leuten sagt, daß das von vielen Menschen im Vertrauen bestätigt wird (wobei meist unklar bleibt, ob die, die das berichten, auch dieser Ansicht sind). Offizielle westdeutsche Stimmen helfen aber, die Legende auf-zubauen, daß Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten sich nur zugetragen haben, als die Deutschen von Polen und Tschechen vertrieben wurden.“ Den Heimatvertriebenen, die jetzt meist saturierte Bürger der prosperierenden Bundesrepublik seien, werde auf Kundgebungen gesagt, daß sie als Ostpreußen oder Oberschlesier ein Selbstbestimmungsrecht hätten. Es werde niemals definiert, aber doch immer so verstanden, daß das eine Massen-rückkehr in die alte Heimat bedeute, und es werde immer mit einem frommen Verzicht

auf Gewaltanwendung verbunden, obwohl ohne sie ein so verstandenes Selbstbestimmungsrecht unausführbar sei. Die Verfasserin kritisiert noch eine Reihe anderer ähnlicher Erscheinungen in der Bundesrepublik, darunter die Tätigkeit der Organisation „Un-teilbares Deutschland“, deren Landkarten das Problem der deutschen Wiedervereinigung nur erschweren könnten.

Im gleichen Heft beschäftigt sich Professor *Richard Hiscocks*, der in Berlin studiert und ein lesenswertes Buch über die Bundesrepublik geschrieben hat, mit „Fortschritt östlich der Oder-Neiße“. Ihm zufolge hat sich dort vieles in den letzten Jahren sehr entschieden zum Besseren gewendet. Gegenüber einer Vorkriegsbevölkerung von 8,6 Millionen würden dort jetzt 7,6 Millionen Menschen leben, 6,6 Millionen davon Neusiedler. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung — etwa 2,6 Millionen — sei im Lande seit 1945 geboren worden. Die polnische Natalität der fünfziger Jahre sei nach der albanischen die höchste in Europa (zwischen 26,3 und 30,7 Promille), doch übertreffe sie in den Gebieten östlich von Oder und Neiße mit 37 bis 47 Promille selbst noch den hohen polnischen Durchschnitt. 1958 sei 36,4 vH der Bevölkerung von Stettin im Alter unter 18 Jahren, 79,7 vH unter 40 gewesen.

Hiscocks macht auch eine Reihe — offenkundig auf amtliche polnische Quellen zurückgehende — Angaben über den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in dem zwischen Deutschland und Polen strittigen Gebiet. Neue Zink- und Zinnvorkommen sowie große Braunkohlenlager bei Breslau und Grünberg seien entdeckt worden. Zwischen Liegnitz und Glogau habe man Kupfer gefunden — es dürfte sich um eines der reichsten Lager in Europa handeln. Die Hafeneinrichtungen von Gdingen, Danzig und Stettin seien nach den Kriegsschäden wiederhergestellt, und diese Häfen, in denen es kaum einen Docker mit früheren Erfahrungen in dem Beruf gebe, dienten heute den Bedürfnissen Polens, der deutschen Sowjetzone, der Tschechoslowakei und Ungarns. In jedem der drei Häfen gebe es große Schiffswerften, die 1958 eine Gesamttonnage von 174 000 erstellt hätten. Polen stehe heute an elfter Stelle im Schiffsbau der

Welt, obwohl es vor 1939 kaum Schiffe gebaut hätte. Der Aufsatz schließt mit eingehenden Darstellungen des Fortschritts auf dem Gebiet der Industrialisierung, der Landwirtschaft, des Schulwesens, des Kulturlebens und des Städtebaus. 1958 habe das Gebiet ein Drittel der polnischen Getreideernte und ein Viertel des Nutzviehs aufgebracht.

Dr. J. W. Brügel, London

Kennen wir den Kommunismus wirklich?

Diese Frage stellt Dr. Eugen Steinemann (Zürich) im Leitartikel seiner Zeitschrift *Der neue Bund* (27. Jahrgang Nr. 1). Der Aufsatz „Brücken zwischen Ost und West“, den Steinemann in Nr. 4/1960 dieser Zeitschrift veröffentlichte — wir haben ihn im Märzheft unserer Zeitschrift (S. 183 f.) ausführlich zitiert —, hat ihm eine Zuschrift eingebracht, in der ein Leser erklärt, solche Artikel „aufgeschlossener Sozialisten“ seien „eine der Gefahren des Westens“, er lese „lieber“ negative Berichte über die Sowjetunion und den Kommunismus in der *Neuen Zürcher Zeitung*. Darauf antwortet Steinemann:

„Wir glauben nicht, daß die umsichtige Bemühung um ein gerechtes Urteil, das sorgfältige Abwägen von Vorzügen und Nachteilen, Leistungen und Versagen die westliche Front schwächen. Wir sehen im Gegenteil „eine der Gefahren des Westens“ darin, daß man die Lektüre nach dem richtet, was man ‚lieber‘ liest, statt sich nach beiden Seiten zu unterrichten. Das gibt dann die Herden von braven Schäfchen, die ihrer Regierung freundlich zublöcken und auf einen Wink dieser Regierung auch zu Horden wilder Wölfe werden, die ahnungslos losmarschieren — um dann aus allen Himmeln zu fallen, wenn ein Sputnik über sie hinwegfliegt, wenn ein Stalingrad die Richtung weist oder ein Hundertmillionenvolk dem bösen Kommunismus zufällt statt dem guten Westen.“

Wir erwarten von den Völkern unter kommunistischer Herrschaft, daß sie die Fehler und Widersprüche ihrer Regierungen durchschauen und daraus die Konsequenzen ziehen, ja unsere einzige wirkliche Hoffnung für eine glückliche und nicht verderbliche Zukunft des Menschengeschlechts stützt sich auf diese Erwartung. Wie dürfen wir jedoch eine solche Erwartung hegen, wenn wir selber, die wir es so viel leichter haben, nur noch das lesen, was uns und unserer Regierung ‚lieber‘ ist? Müssen nicht eines Tages die Völker, die die Freiheit haben, aber sie nicht ganz zu nutzen wissen, jenen Völkern unterliegen, die die Freiheit nicht haben, aber sich danach sehnen und jeden Zipfel davon, den sie sich erkämpfen, gierig nutzen? Hier liegt unseres Erachtens die Gefahr für den Westen und nicht bei den aufgeschlossenen Sozialisten. Wir werden daher die umsichtige und unvoreingenommene

Orientierung unserer Leser fortsetzen, ungeachtet dessen, was manchen Regierenden und Regierten lieber sein könnte.“

Ergänzend zitieren wir die Schlußsätze aus einem Artikel „Studien zur Sowjetpädagogik“ von H. Feidel-Mertz in der von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB herausgegebenen *Allgemeinen Deutschen Lehrer-Zeitung* (1961, Nr. 3):

„Hat man sich einmal durch Augenschein überzeugt, daß die Organisation der Jugend in der UdSSR nicht eigentlich als Politikum, sondern als reiche Provinz eines weitläufigen pädagogischen Imperiums zu verstehen ist, bedauert man um so mehr, daß die zum demokratischen Ideal erhobene, unter unserer Jugend längst populäre Völkerverständigung am Eisernen Vorhang endet, da also, wo sie gerade mit dem größten Nachdruck anzusetzen hätte. Die Jugendverbände der Bundesrepublik — mit Ausnahme des Liberalen Studentebundes und des VDS sowie des Hamburger Jugendringes — lehnen offizielle Kontakte mit der organisierten sowjetischen Jugend ab, die im übrigen mit der gesamten westlichen Welt schon lange im Austausch steht. Inoffizielle Besuche einzelner Jugendlicher bzw. möglichst homogener Gruppen würden sich schwieriger gestalten, sollen aber dennoch angebahnt werden. Gegenbesuche sowjetischer Jugend bedürfen in jedem Falle einer Einladung durch einen anerkannten Jugendverband. Wird die starre Haltung beibehalten, was — wie auch die Russen wissen — jeweils vom politischen Tageskurs abhängt, bringt man sich um die beste Chance zum Abbau von Vorurteilen auf beiden Seiten.“

Neue Impulse für DGB-Reform

Im *ÖTV-Magazin* (März) ergreift Adolph Kummernuss das Wort zur DGB-Reform. Er stellt fest, daß es nach einer ursprünglich sehr lebhaften Diskussion in der ersten Zeit nach dem Stuttgarter DGB-Kongreß auffallend still geworden sei um die Reform des DGB: „Ohne neue Impulse“, sagt Kummernuss, „wird der DGB-Bundesvorstand dem nächsten DGB-Kongreß kaum ein abgerundetes und in sich geschlossenes Konzept für die Reform des DGB vorlegen können.“

Der Hauptvorstand der ÖTV habe sich auf seiner letzten Tagung in Frankfurt mit dieser Situation befaßt: „Er hat eingehend die Problematik der DGB-Reform diskutiert und deren Schwierigkeiten keineswegs verkannt. Doch ist er überzeugt, daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindbar sind. . . Alle Mitglieder unseres Hauptvorstandes haben sich verpflichtet, schriftliche Vorschläge zur Reform des DGB zu unterbreiten. Die Bezirkskonferenzen unserer ÖTV, die im März und April den demokratischen Auftakt zu unserem Gewerkschaftstag bilden, bieten die Gelegenheit,

einen weiteren Schritt zu tun. Durch diese Konferenzen muß die Diskussion über die DGB-Reform neue Impulse erhalten, die auch in die Landesbezirke und in die Orts- und Kreisverwaltungen des DGB wirken. Ob es im Augenblick sehr populär ist oder nicht: Im Interesse der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung, ihrer künftigen Arbeit und ihrer Erfolge muß der Auftrag des Stuttgarter DGB-Kongresses erfüllt werden.“ *W. F.*